



**Motion von Fabio Iten**

**betreffend Änderung von § 76 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz, GG)**

(Vorlage Nr. 3765.1 - 17774)

Bericht und Antrag des Regierungsrats  
vom 8. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Fabio Iten reichte am 7. Juli 2024 eine Motion betreffend Änderung von § 76 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden vom 4. September 1980 (Gemeindegesetz, GG; BGS 171.1) ein (Vorlage Nr. 3765.1 - 17774). Der Kantonsrat hat die Motion am 29. August 2024 zu Bericht und Antrag an den Regierungsrat überwiesen. Wir unterbreiten Ihnen zur Motion Bericht und Antrag, den wir wie folgt begründen:

**1. Ausgangslage**

Gemäss dem Wortlaut von § 76 Abs. 2 GG sind Rückweisungsanträge als Ordnungsanträge zu behandeln, über die die Versammlung «unverzüglich» entscheidet. «Unverzüglich» wird vom Verwaltungsgericht in einem Urteil vom 28. Juni 2011 (GVP 2011 168, E. 2c) im Lichte der demokratischen Mitwirkungsrechte ausgelegt. Das Verwaltungsgericht hält darin fest, dass es auch nach geltender Rechtslage möglich sein muss, an der Gemeindeversammlung über einen Rückweisungsantrag zu diskutieren. Die Stimmberechtigten haben gemäss § 75 Abs. 1 GG ein Rede- und Antragsrecht zu sämtlichen Beratungsgegenständen, das ihnen auch bei Rückweisungsanträgen zusteht. Eine Diskussion muss daher zulässig sein, bevor über einen Rückweisungsantrag abgestimmt wird. Die demokratische Teilhabe und die Seriosität des Meinungsbildungsprozesses würden verletzt, wenn ein Rückweisungsantrag ohne jede Aussprache direkt zur Abstimmung gelange.

Diese Auslegung wird auch durch das Kreisschreiben der Direktion des Innern vom 26. Februar 1993 gestützt, das eine Diskussion über Rückweisungsanträge ausdrücklich zulässt.

Allerdings ist für die normalen Rechtsanwendenden nicht ohne Weiteres ersichtlich, dass das im Gesetz verwendete Wort «unverzüglich» in § 76 Abs. 2 GG nicht im Sinne einer sofortigen, diskussionslosen Abstimmung zu verstehen ist. Die gesetzliche Formulierung erweckt den Eindruck, dass Rückweisungsanträge ohne Debatte entschieden werden müssten, was im Widerspruch zur gerichtlichen und verwaltungsrechtlichen Praxis steht. Dies führt bei den Gemeinden wiederholt zu Rechtsunsicherheiten. Eine gesetzliche Klärung ist daher im Sinne der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit angezeigt.

**2. Beurteilung**

Der Regierungsrat erachtet das Motionsanliegen als berechtigt. Die vorgeschlagenen Änderungen dienen der Klarstellung und Verbesserung der demokratischen Meinungsbildung an Gemeindeversammlungen und können im Rahmen der ohnehin bevorstehenden Revision des GG umgesetzt werden.

### 2.1. Streichung des Wortes «unverzüglich»

Die Streichung des Wortes «unverzüglich» in § 76 Abs. 2 GG ist sinnvoll und entspricht der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts. Dadurch wird klargestellt, dass auch über Ordnungsanträge eine Diskussion stattfinden kann, bevor die Abstimmung erfolgt.

### 2.2. Kurze Debatte über Ordnungsanträge

Der in der Motion vorgeschlagene neue Absatz 2a von § 76 GG ermöglicht eine kurze Debatte über den Ordnungsantrag und stellt klar, dass die Beratung in der Hauptsache bis zur Erledigung des Ordnungsantrags unterbrochen wird. Dies entspricht einer bewährten Praxis und fördert die demokratische Meinungsbildung.

### 2.3. Rück- oder Überweisung

Der in der Motion vorgeschlagene Absatz 2b von § 76 GG stellt klar, dass eine Rück- oder Überweisung an den Gemeinderat oder an eine bestehende Kommission zur nochmaligen Prüfung und Antragstellung erfolgt. Diese Klarstellung ist zweckmässig, da sie die Funktion eines Rückweisungsantrags im Rahmen der Gemeindeversammlung deutlich macht.

### 2.4. Anlehnung an die Geschäftsordnung des Kantonsrats

Die vorgeschlagenen Änderungen orientieren sich an § 58 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 28. August 2014 (GO KR; BGS 141.1). Diese Anlehnung ist sachgerecht und fördert die Einheitlichkeit der Verfahrensregeln.

### 2.5. Finanzielle Auswirkungen

Die Motion hat keine finanziellen Auswirkungen.

## 3. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen die Motion von Fabio Iten betreffend Änderung von § 76 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz, GG) (Vorlage Nr. 3765.1 - 17774) erheblich zu erklären.

Zug, 8. Juli 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart